

Europawahl - Bitte gehen Sie wählen!

Inhalt:

1. Wahlauf Ruf zur Europawahl am 7. Juni 2009
2. Wahlprüfsteine des Deutschen Kulturrates zur Europawahl

++++

1. Wahlauf Ruf zur Europawahl am 7. Juni 2009

Zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft haben heute in Berlin in einem gemeinsamen Aufruf die Bundesbürger zur Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 09 aufgerufen. Der Wahlauf Ruf lautet:

Gemeinsamer Wahlauf Ruf zur Europawahl am 7. Juni 2009

Das Europäische Parlament startet im Sommer in die neue Legislaturperiode!

Das Europäische Parlament darf seit 30 Jahren direkt vom Volk gewählt werden. Und das gilt es zu stärken!

Ein großer Teil der deutschen Gesetzgebung in den verschiedenen Politikbereichen werden inzwischen von der europäischen Ebene angestoßen, teilweise sogar vorgeprägt. Oftmals werden die neuen EU-Regeln erst mit Verspätung in Deutschland wahrgenommen. Die wichtige Rolle, die die Abgeordneten des Europäischen Parlaments bei der europäischen Gesetzgebung spielen, wird zumeist unterschätzt.

Gewachsene Mitbestimmung

Seit dem Bestehen der Europäischen Union und ihrer Vorläufer ist der Einfluss des EU-Parlaments immer weiter gewachsen. Nicht nur bei den meisten Gesetzen entscheidet es inzwischen mit, auch beim Haushalt und der Mittelvergabe der verschiedenen Förderprogramme werden die Abgeordneten beteiligt. Bei der Wahl einer neuen EU-Kommission muss der nominierte Kommissionspräsident sich und seine künftige Politik dem Parlament vorstellen. Das Parlament muss mit Mehrheit dem Kommissionspräsidenten und dem Kollegium zustimmen. Tritt der Lissabon-Vertrag in Kraft, werden sich die Einflussmöglichkeiten des Parlaments noch einmal erhöhen.

Die Wahlen für das Europaparlament entscheiden also über die Brüsseler Machtverhältnisse bis 2014. Und wie die künftigen 736 Abgeordneten abstimmen werden, entscheidet letztlich jedes einzelne Kreuz auf dem Wahlzettel in den EU-Mitgliedstaaten mit. Auf Deutschland entfallen 99 Sitze im EU-Parlament, also rund ein Siebtel aller Stimmen. In der gesamten EU mit 27 Mitgliedstaaten sind rund 375 Millionen Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Das alle fünf Jahre gewählte Europäische Parlament repräsentiert damit die zweitgrößte Demokratie der Welt.

Gehen Sie daher wählen, damit das Europäische Parlament gestärkt wird und die Demokratie in Europa gewinnt.

Und nicht zuletzt: Werden sich die zukünftigen Abgeordneten für einen Ausbau der politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, damit Europa näher an die Menschen rückt? Wie stehen sie zu europäischen Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden; wie kann der Austausch mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vereinen und Verbänden erleichtert werden?

Aufrufende Organisationen:

Deutscher Naturschutzring (DNR)

Deutscher Kulturrat

Deutscher Spendenrat

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Bundesverband Deutscher Stiftungen

u.a.

++++

2. Wahlprüfsteine des Deutschen Kulturrates zur Europawahl

Chance zur Gestaltung europäischer Politik nutzen!

Die Bürger Europas entscheiden auch über die zukünftige Kulturpolitik

Von Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Gabriele Schulz, Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Zum zweiten Mal richtete der Deutsche Kulturrat Fragen an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur Wahl des Europäischen Parlamentes und erfreulicherweise haben alle Parteien ausführlich **geantwortet**. Erstmals hat die CSU eine eigenständige Antwort vorgelegt und sich nicht der Antwort der CDU angeschlossen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die EU-Kulturpolitik nicht mehr unter ferner liefen angesiedelt ist, sondern vielmehr als ein wichtiges Politikfeld gesehen wird.

So haben alle Parteien die Gelegenheit genutzt, in ihrer Antwort auf die erste Frage nach der Bedeutung der Kulturpolitik im Kanon der europäischen Politikfelder sich grundlegend zu verorten. Dabei durfte sowohl von der CDU als auch der CSU ein klares Statement zur subsidiären Bedeutung der EU-Kulturpolitik nicht fehlen. Sie machen unmissverständlich klar, dass Kulturpolitik in erster Linie eine Angelegenheit der Mitgliedstaaten ist die CSU verweist in diesem Zusammenhang zusätzlich auf die Kulturhoheit der Länder. Auch die FDP unterstreicht, dass die EU-Kulturpolitik in besonderem Maße dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet ist. Demgegenüber fordern Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SPD eine stärkere EU-Kulturpolitik ein und unterbreiten gleich Vorschläge wie diese aussehen soll. Insbesondere die SPD fordert förder- und vernetzungspolitische Initiativen von der EU ein und will hier entsprechende Akzente setzen.

Die skeptische Haltung von CDU, CSU und FDP gegenüber einer EU-Kulturpolitik allgemein findet ihre Entsprechung in einer zurückhaltenden (CDU und CSU) bis ablehnenden (FDP) Haltung zur Methoden der offenen Koordinierung (OMK) im Bereich der Kulturpolitik. Die FDP hält die OMK für kein geeignetes Instrument der EU-Kulturpolitik. CDU und CSU äußern sich zumindest skeptisch. Alle drei

Parteien wollen im Jahr 2010, wenn die erste Runde der OMK abgeschlossen ist, die Ergebnisse kritisch hinterfragen. Bündnis 90/Die Grünen wollen selbstbewusst mit der Methode weiterarbeiten und auch Die Linke sowie die SPD sehen die OMK als positives Instrument der EU-Kulturpolitik.

Spannend wird es, wenn es um die Einbindung der Zivilgesellschaft in europäische Entscheidungsprozesse geht. Bündnis 90/Die Grünen wollen zwar weiterhin Akteure zu Ausschusssitzungen einladen, sehen aber vor allem das Erfordernis der Abstimmung auf nationaler Ebene. Hier schimmert durch, dass es eben vielfach doch darum geht, nationale Interessen in europäische Entscheidungsprozesse einzubringen. Demgegenüber ist Die Linke der Auffassung, dass die Zivilgesellschaft stärker in die europäischen Prozesse einbezogen werden soll. Damit das gelingt, sollen die zivilgesellschaftlichen Akteure finanziell unterstützt werden. Die CDU und die CSU sehen das Erfordernis, besonders den Austausch von Kulturakteuren zu befördern. Die SPD sieht die Bundesweite Koalition Kulturelle Vielfalt als lockeres Forum des kulturpolitischen Austauschs als Modell für die Einbindung der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene. Hier ist bemerkenswert, dass sich die SPD zwar einerseits für eine stärkere europäische Kulturpolitik ausgesprochen hat, andererseits an einer demokratisch legitimierten Einbindung der Verbände weniger Interesse besteht.

Die Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (kurz: Konvention kulturelle Vielfalt) haben sich alle Parteien auf die Fahnen geschrieben Bündnis 90/Die Grünen wollen sich der Herausforderung stellen, die Schwierigkeiten bei der Implementierung zu überwinden. Die CSU warnt davor, dass die kulturelle Vielfalt durch Zentralisierungsbestrebungen der EU selbst konterkariert werden könnte. Die FDP setzt sich zwar für den Erhalt der kulturellen Vielfalt ein, möchte aber nicht, dass daraus ein zu starker Protektionismus entsteht. Unisono sehen alle Parteien das Erfordernis sich für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einzusetzen. Die Sicherung der Medienvielfalt wird von allen als wichtiges Ziel beschrieben. Zugleich erteilt die FDP dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk den Auftrag, sich seinerseits besonders der Kultur zu verpflichten.

Maßnahmen zur Verbesserung der Mobilität der Künstler stehen auf der Agenda aller sechs Parteien. Die CSU und die SPD wollen sich besonders für die Mobilität junger Künstlerinnen und Künstler stark machen.

Als wesentliche kulturpolitische Herausforderung begreifen alle Parteien die Sicherung der Rechte von Urhebern. Die Bekämpfung der Internetpiraterie wird als wichtige Aufgabe angesehen. Bündnis 90/Die Grünen schlagen daher als Lösung eine Kulturfltrate vor. Die Linke will den Vorschlag einer Kulturfltrate prüfen. Die anderen Parteien wollen Urheberrechtsverletzungen bekämpfen. Bis auf Bündnis 90/Die Grünen wollen sich alle Parteien um einen europäischen Rechtsrahmen für die kollektive Rechtswahrnehmung bemühen. Dabei schwingt implizit mit, dass das deutsche System für verteidigungswert erachtet wird. Die Linke warnt ausdrücklich davor, dass das Urheberrecht zum Industrierecht wird. Weiter wollen sie sich für Ausstellungsvergütungen für bildende Künstler sowie das Künstlergemeinschaftsrecht einsetzen.

Alle Parteien wollen die bestehenden Regelungen der Umsatzsteuerbefreiung und -ermäßigung für Kulturgüter unangetastet lassen. Die Linke und die SPD wollen darüber hinaus den Vorschlag der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags Kultur in Deutschland aufgreifen und sich für den ermäßigten Umsatzsteuer für die Kunstfotografie einsetzen. Bündnis 90/Die Grünen wollen insgesamt einen ermäßigten Umsatzsteuersatz für neue Kunstformen im Bereich der neuen Medien.

Auseinander gehen die Meinungen hinsichtlich der Anhebung der EU-Kulturfördermittel. Bündnis 90/Die Grünen verweisen darauf, dass der Betrag von 60 Mio. Euro im Jahr für 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gerade mal dem entspricht, was zwei große Opernhäuser in Deutschland im Jahr an Zuschüssen erhalten und wollen sich für eine Reform des EU-Haushalts einsetzen. In diesem Zusammenhang wollen sie die Kampagne 70 Cents für Kultur pro EU-Bürger wieder aufleben lassen. Die Linke sowie die SPD wollen sich für einen Anteil von 1% an Kulturausgaben im EU-Haushalt stark machen. Weiter fordert die SPD, dass die Beantragung und Verwendung der Mittel unbürokratischer werden soll. Die Linke möchte dezentrale Cultural Contact Points zur Beratung der Kulturszene vor Ort einrichten. Die FDP sieht zwar auch das Erfordernis nach einer Erhöhung der EU-Kulturfördermittel, dieses soll aber im Rahmen des bestehenden Haushalts erfolgen. Die CDU will ähnlich Bündnis 90/Die Grünen den EU-Haushalt umgestalten. Sie sieht erst dann Möglichkeiten einer Erhöhung des Kulturretats. Sie warnt davor, dass eine Erhöhung der Kulturfördermittel zu Lasten der Mitgliedstaaten und deren Kulturförderung gehen könnte. Die CSU will sich für einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Mittel einsetzen.

Die Antworten der Parteien zeigen einmal mehr, dass es auch auf der europäischen Ebene in der Kulturpolitik um grundsätzliche Entscheidungen geht. Es ist ein grundlegender Unterschied, ob zuerst an das Subsidiaritätsprinzip der europäischen Kulturpolitik erinnert wird und daran anknüpfend über eine EU-Kulturpolitik nachgedacht wird oder ob Europa als eine weitere Dimension der Bündelung kultureller und kulturpolitischer Aktivitäten gesehen wird.

Unbestritten ist, dass gerade im Feld der Urheberrechtspolitik der Ball zu einem großen Anteil bei den europäischen Institutionen liegt. Diesem Politikfeld wird eine sehr große Bedeutung zu Sicherung von Wissensgesellschaft und Kulturwirtschaft beigemessen.

Das Europäische Parlament hat in der nunmehr zu Ende gehenden Legislaturperiode eine Reihe von Initiativen in den Feldern ergriffen, die von den Parteien als besonders wichtig erachtet werden. Es war und ist gerade in der Urheberrechtspolitik der Gegenspieler zur Kommission, die stärker wettbewerbs- als kulturpolitisch agiert. Das Parlament hat Berichte zur Mobilität der Künstler vorlegt. Es hat die Kommission immer wieder zur Umsetzung der Konvention Kulturelle Vielfalt angehalten. Die Mitglieder des Parlaments streiten für Medienvielfalt und den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Es sollten daher alle die Chance nutzen und bei der anstehenden Wahl alle Parlamentarier durch eine große Wahlbeteiligung unterstützen. Demokratie lebt von Einmischung und von Wahlen. **Bitte gehen Sie wählen!**

- **Die Wahlprüfsteine des Deutschen Kulturrates zur Europawahl können unter dem nachfolgenden Link heruntergeladen werden:**
<http://www.kulturrat.de/dokumente/wahlpruefsteine-europawahl2009.pdf>